



## Erfolg für FDP-Fraktion: Mittel für Verwaltungsstrukturreform beschlossen

Auf der Haushaltssitzung des Leipziger Stadtrates hat der Stadtrat mit den Stimmen von CDU, Grünen und FDP einen Antrag der Liberalen beschlossen. Danach werden in den Jahren 2011 und 2012 jeweils 250.000 Euro für die Einbindung von Externen zur Entwicklung einer Verwaltungsstrukturreform beschlossen. FDP-Fraktionsvorsitzender Reik Hesselbarth äußert sich dazu im Interview.

Frage: Herr Hesselbarth, überrascht ob des Ausgangs der Abstimmung zur Verwaltungsstrukturreform?

**Reik Hesselbarth:** Angesichts des Votums im erweiterten Finanzausschuss, der alle Haushaltsanträge vorab berät, schon. Dort hatten die Grünen zwar zugestimmt, bei der CDU war das allerdings noch nicht der Fall.

Frage: Was wollen Sie mit einer solchen Reform erreichen?

**Hesselbarth:** Es wird Zeit, dass alles auf den Prüfstand kommt: Verfahren, Abläufe, Standards, Zuständigkeiten... Einfach alles. Die Verwaltung behauptet, dass das nicht funktionieren würde. Das glauben wir nicht. Vielleicht funktioniert es nicht, wenn die Verwaltung es selbst macht. Deshalb wollen wir externen Sachverstand einbinden.

Frage: ... und eine Wirt-

schaftsberatung zwei Jahre lang beauftragen, wofür 250.000 Euro pro Jahr bereit stehen?

**Hesselbarth:** Was es genau kostet, wird man im Prozess sehen. Allerdings wollten wir den Betrag von vornherein begrenzen, damit die Kosten nicht ausufern. Was die Einbindung der Externen angeht: Wir haben niemanden bestimmtes im Hinterkopf und wir wollen auch keine große Beratungsgesellschaft engagieren. Uns ist wichtig: Gemeinsam mit IT-Experten, Verwaltungsexperten und Mitarbeitern der Verwaltung muss ein kontinuierlicher Prozess entstehen. Ein solches Vorhaben muss transparent und langfristig angelegt sein. Angesichts der Haushaltslage ist der Betrag sicher erheblich. Aber ich bin fest davon überzeugt, dass die Verwaltung am Ende nicht

nur schlanker, sondern auch günstiger sein wird. Wir investieren heute, um in der Zukunft dauerhaft Kosten einzusparen.

Frage: Warum kommen Sie mit einem solchen Vorschlag gerade jetzt?

**Hesselbarth:** In den kommenden Jahren verlassen altersbedingt mehrere hundert Mitarbeiter die Verwaltung. Oberbürgermeister Jung will einen großen Teil nicht wiederbesetzen. Das funktioniert aber nur, wenn wir strukturell etwas ändern. Ich denke, dass wir am Ende 500 bis 600 Stellen nicht wieder besetzen müssen. Multiplizieren Sie das einfach mit den Gehältern, die im Tarifvertrag stehen. Da müssen Sie aufgrund der Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung übrigens noch einmal etwa 20% auf das Gehalt, das die Arbeitnehmer auf ihrem Lohnzettel sehen, ad-

dieren. Wenn Sie 30.000 Euro als Durchschnitt inkl. Sonderzahlungen pro Jahr annehmen würden, kostet es die Stadt 36.000 Euro. Bei 500 Stellen wären das dann 18 Millionen pro Jahr.

Frage: Sie wollen also die Stellen einfach nicht wiederbesetzen.

**Hesselbarth:** Genau das wäre der falsche Weg! Wir wollen strukturell etwas ändern. Wir wollen die Verwaltung schlanker, effizienter und bürgerfreundlicher machen sowie gleichzeitig Kosten einsparen.

Frage: Das klingt wie die eierlegende Wollmilchsau...

**Hesselbarth:** Keineswegs. Gerade durch die Nutzung von IT können viele Dinge anders gelöst werden. Dafür sind dann auch Investitionen notwendig. Aber mit 15 bis 20 Millionen pro Jahr an Einsparungen können wir das leisten. Und ich bin fest davon überzeugt, dass am Ende auch noch ein großer Betrag übrig bleibt, den wir beispielsweise in Schulen, Kitas, Straßen und Wegen investieren können. Auch die Vereine und Verbände klagen über sinkende Zuweisungen aufgrund der finanziellen Situation der Stadt. Unser Ziel ist die Rückgewinnung von finanziellen Spielräumen um wieder

handlungsfähig zu werden.

Frage: Sie spielen auf die sinkenden Zuweisungen vom Land, vom Bund und aus Europa an?

**Hesselbarth:** Die Solidarpaktmittel werden jedes Jahr geringer und auch aus Europa kommt deutlich weniger Geld. Das wissen wir nicht erst seit gestern. Der Freistaat reagiert darauf und passt seine Ausgaben den Einnahmen an. Das ist hier und da schmerzlich für die Kommunen. Letztlich bleibt dem Land aber nichts anderes übrig, wenn man keine neuen Schulden machen will. Wir müssen auch in Leipzig endlich die Ausgaben den Einnahmen anpassen.

Frage: Mit der Grundsteuererhöhung, der die FDP-Fraktion zugestimmt hat, wird aber nun an der Steuerschraube gedreht.

**Hesselbarth:** Das ist richtig und sicher auch schmerzlich. Aktuell gibt es dazu aber keine sichtbare Alternative. Wir haben uns mit der Entscheidung sehr schwer getan. Kurzfristig gibt es aber leider keinen anderen Weg, den Haushalt auszugleichen. Vor dem Hintergrund des Einstiegs in die Verwaltungsstrukturreform haben wir der Grundsteuererhöhung mehrheitlich zugestimmt. Der Stadtrat ent-

scheidet jedoch jedes Jahr über die Höhe von Grund- und Gewerbesteuer. Sollte die Verwaltung eine strukturelle Reform boykottieren, werden wir im kommenden Jahr dem Grundsteuersatz nicht zustimmen. Unser Ziel ist, dass wir bereits im kommenden Jahr einen Teil der Erhöhung wieder rückgängig machen.

Frage: Wie soll das gehen? Die Verwaltungsstrukturreform ist auf zwei Jahre angelegt.

**Hesselbarth:** Wir müssen auf der Ausgabenseite noch genauer hinsehen. Wofür geben wir das Geld aus? Da müssen wir im Zweifel auch mal ehrlich sagen, dass der eine oder andere Mitteleinsatz nicht erfolgreich war. Und dann müssen wir den Mut haben, die Zuschüsse auch einzustellen. Im Privaten gibt es ja auch kein Abo auf Zuschüsse. Da muss ich mich bemühen, selbst aktiv zu werden und über kurz oder lang auf eigenen Beinen zu stehen. Das geht nicht bei allen Aufgaben, die die Stadt finanziert. Aber wir müssen weg von der Alimentierung. Wir müssen hin zur Hilfe zur Selbsthilfe. Gerade im Bereich der sozialen Sicherung muss das Oberziel sein, die Menschen in Arbeit zu bringen. ■



Weitere Informationen zum Thema Haushalt 2011 erhalten Sie online unter <http://haushalt.fdp-fraktion-leipzig.de> oder durch das Einscannen bzw. Abfotografieren des nebenstehenden QR-Codes mit Ihrem Smartphone.

---

# HL-komm und perdata: FDP lehnt Minderheitsprivatisierung ab.

Der Verkauf von Minderheitsbeteiligungen der städtischen Unternehmen HL-komm und perdata ist beschlossene Sache. Am 10. Februar stimmte der Leipziger Stadtrat bei getrennter Abstimmung der Beschlusspunkte mehrheitlich allen Punkten der Vorlage 'Sicherung der Finanz- und Investitionsfähigkeit des LVV-Konzerns' zu. Darin enthalten war auch die Eröffnung eines Bieterverfahrens zur Veräußerung eines Geschäftsanteils für 49,9% an den beiden Unternehmen. Die FDP-Fraktion lehnte den Teil der Vorlage, der sich mit der Privatisierung beschäftigte ab. Die Änderungsanträge der Liberalen, die Bieterverfahren mit zusätzlichen Stufen zu 74,9% und 100% sowie der Betriebsführerschaft bei einem Anteil von 49,9% zu ergänzen, wurden zuvor abgelehnt. Stattdessen macht der Oberbürgermeister den Grünen weitgehende Zugeständnisse. So wurde die ursprünglich geplante HL-komm-Privatisierung von 74,9% auf 49,9% gesenkt. Ebenfalls angedacht waren

Nebengebote, die dann in der Abstimmungsfassung nicht mehr enthalten waren. Aus Sicht der Liberalen wurde so die Vorlage nur "verschlimmbessert, um sich die Zustimmung der Grünen zu sichern." Von wirtschaftlicher Vernunft können keine Rede sein. "Der Verkauf von 49,9% der Anteile kann nur mit dem Etikett 'Notverkauf' versehen werden." Die Stadt verschleudere hier Vermögen, um kurzfristige Haushaltslöcher zu schließen. Zusätzlich haben die Investoren keinerlei Einfluss auf die strategische Ausrichtung der Unternehmen. Damit sinke auch das Interesse seriöser Interessenten. Die beschlossene Forderung, dass jeder Bieter ein "strategisches Entwicklungskonzept" vorlegen muss, liefe damit auch ins Leere. "Schließlich können sie mit der Minderheitsbeteiligung ohne Betriebsführerschaft schlichtweg nichts entscheiden. Das hat mich nachhaltiger Entwicklung der Stadt und des städtischen LVV-Konzerns nichts mehr zu tun", so Hessel-

barth weiter.

Der FDP-Fraktionsvorsitzende verwies in seiner Rede im Stadtrat auf Privatisierungen in der Vergangenheit: "Wir haben bereits zweimal negative Erfahrungen mit der Veräußerung von Minderheitsanteilen an Konzerne gemacht. Wir haben zweimal die Anteile unter wirtschaftlichen Schmerzen zurück kaufen müssen. Offenbar hat der Stadtrat daraus nichts gelernt."

Die Liberalen hatten bereits im Vorfeld der Abstimmung im Stadtrat ein Eckpunktepapier zur Zukunft der LVV-Holding vorgelegt. Darin fordern sie eine konsequente Konzentration der Beteiligungen auf die Daseinsvorsorge. Darüber hinaus soll die LVV stärker als bislang von einer Beteiligungs- zu einer Managementgesellschaft umgebaut und dabei Stabsbereiche der Beteiligungen auf Ebene der Holding gebündelt werden. Ebenfalls strebt die FDP eine stärkere Einbindung von externen Fachleuten in den Aufsichtsräten an. ■



Weitere Informationen zum Thema LVV sowie das Eckpunktepapier "LVV 2020: Leistungsstarke Daseinsvorsorge - nachhaltig und konzentriert" finden Sie online unter <http://lvv.fdp-fraktion-leipzig.de> oder durch das Einscannen bzw. Abfotografieren des nebenstehenden QR-Codes mit Ihrem Smartphone.

---

## **FDP-Antrag wird schrittweise umgesetzt: Gleitende Tages- und Wochenkarten ab Sommer 2011**

Die bereits im Juni 2010 von der FDP-Fraktion eingebrachte und im Stadtrat beschlossene Flexibilisierung aller Zeitkarten bei LVB und MDV wird sich noch bis mindestens 2012 hinziehen. Dies ergab eine Anfrage der Fraktion zum Stand der Umsetzung. So sollen die flexiblen Tages- und Wochentickets zwar bereits mit der Tarifierung 2011 eingeführt werden, die gleitenden Monatskarten

allerdings erst für das Jahr 2012 angedacht. Das flexible Drei-Tagesticket wird nach Auskunft von Bürgermeister Martin zur Nedden nicht eingeführt. „Die Einführung von gleitenden Tages- und Wochenkarten ist ein Schritt in die richtige Richtung, der mehr als überfällig ist“, so Isabel Siebert, stellvertretende FDP-Fraktionsvorsitzende im Stadtrat und Vertreterin im Fachausschuss Umwelt und Ordnung, „die erneu-

te Verschiebung flexibler Monatskarten ist jedoch nicht nachvollziehbar. Gerade zu Beginn des Monats kommt es immer wieder zu Wartezeiten an den Verkaufsstellen.“ Siebert betonte, dass der Nahverkehr nicht immer nur teurer, sondern auch besser werden müsse. „Gerade gleitende Monatskarte wären eine echte Angebotsverbesserung“, so die Liberale. ■

## **Grünanlagenpflege in Leipzig**

Mit der Pflege der Grünanlagen in der Stadt Leipzig beschäftigt sich eine Anfrage der FDP-Fraktion. Ein Haushaltsantrag der Liberalen zur Reduzierung der Ausgaben für diesen Bereich um 20 % wurde zuvor von der Stadtverwaltung abgelehnt. Die Stadt begründete dies mit der bereits starken Zu-

rückstufung der Pflegestandards seit 2003. Auf Nachfrage, wie sich diese Zurückstufungen im Einzelnen auf die Kosten auswirken, gab die Verwaltung keine Antwort. Auch die Frage nach dem Anteil der Grünanlagen, die in den letzten Jahren innerhalb des stadt eigenen Kategoriensystems zur Einstu-

fung der Pflegebedürftigkeit zurückgesetzt wurden, wurde nicht beantwortet. Die FDP-Fraktion hat daher für die kommende Ratsversammlung die Frage erneut gestellt. Ergänzend dazu haben die Liberalen nun um Unterlegung der Antwort mit konkreten Zahlen gebeten. ■

## **Elektronische ÖPNV-Tickets**

Seit einiger Zeit bieten LVB und MDV den ÖPNV-Nutzern elektronische Tickets über die Plattform „easy-Go“ an. Obwohl beide Unternehmen Mitglied im Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) sind, der mit dem „Handyticket“ eine eigene Plattform anbie-

tet, entschied man sich für das Aufsetzen eines eigenen Systems. Warum dies geschah, wollte die FDP mit einer Anfrage zu diesem Thema erfahren. Die ausführlichen Antworten finden Sie auf der Internetseite der Stadtratsfraktion. Auf die Nachfrage von FDP-

Stadträtin Isabel Siebert, wie viel denn die Mitgliedschaft der LVB und des MDV bei der VDV jährlich kostet, konnte Bürgermeister zur Nedden keine Antwort geben. Er will die Kosten jedoch nachreichen. ■

---

## FDP-Fraktion: Leipzig soll Widerstand gegen Outlet-Center in Wiedemar einstellen.

Die FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat fordert Oberbürgermeister Burkhard Jung auf, die Klage gegen das Factory Outlet Center (FOC) in Wiedemar zurückzunehmen. Die Stadt Halle hat ihren Widerstand gegen ein ähnliches Vorhaben in Brehna eingestellt.

„Vor einigen Wochen hat die Stadt Leipzig ihre Klage gegen das Outlet Brehna in Sachsen-Anhalt zurückgezogen. Jetzt folgt Halle mit dem gleichen Schritt. Übrig bleibt der ideologische Kampf der sächsischen Messestadt gegen eine andere sächsische Gemeinde“, konstatiert die Liberale und verweist auf vorliegende Gutachten. Der Kaufkraftabfluss aus der Leipziger

Innenstadt durch das Factory Outlet in Wiedemar sei minimal. Baubürgermeister zur Nedden hatte ein entsprechendes Gutachten dennoch vom Tisch gewischt und den Klageweg beschritten. „Bei der Entscheidung von Halle spielten vergleichbare Gutachten offenbar die entscheidende Rolle. Das ist doch für niemanden mehr nachvollziehbar. Es wird Zeit, dass die Vernunft in das Neue Rathaus zurückkehrt,“ so Siebert. „Die Stadt Leipzig muss ihre Klage zurückziehen, so wie sie es gegenüber Brehna auch getan hat. Zwischen Brehna und Wiedemar liegen keine zehn Minuten. Was ist das für eine Doppelmoral?“

Siebert, die ihre Fraktion im Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit vertritt, verweist auf das vom Leipziger Oberbürgermeister ausgegebene Ziel, die Arbeitslosenquote deutlich zu senken: „Burkhard Jung will in diesem Jahr eine Zehn vor dem Komma in der Statistik haben. Um das zu erreichen, dürfen Investitionen in unserer Region nicht weiter aus ideologischen Gründen verhindert werden. Es wird Zeit für pragmatische Politik, die sich an den Lebenswelten der Menschen orientiert. Es kommt ja auch niemand auf die Idee, das Internet zu verbieten, nur weil man dort Einkaufsschnäppchen machen kann.“ ■

## Leipzig unterstützt Olympia 2018 in München

Leipzig unterstützt die Bemühungen Münchens und Garmisch-Partenkirchen zur Ausrichtung der Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018. Dies beschloss der Leipziger Stadtrat auf Antrag der FDP-Fraktion. Leipzig war vor den beiden bayrischen Städten der letzte deutsche Bewerber um Olympische Spiele. „Ich glaube, es steht uns gut an, ein Teil der Begeisterung aus unserer

Stadt nun nach Bayern weiterzugeben“, äußerte sich FDP-Stadtrat Dr. Arnd Besser, der seine Fraktion im Fachausschuss Sport vertritt. Die Olympischen Spiele hätten nach wie vor die Kraft, Nationen friedlich und im sportlichen Wettstreit zusammen zu führen. Die Chance, die Spiele nach Deutschland zu holen, solle daher unbedingt genutzt werden. „Deutschland hat sich bereits wäh-

rend der Fußball-WM 2006 als großartiger Gastgeber gezeigt. München und Garmisch-Partenkirchen können diese Erfolgsgeschichte 2018 fortsetzen“, so Dr. Besser. Jetzt sollen Informationsbroschüren in den Bürgerämtern ausgelegt und ein Werbebanner auf [leipzig.de](http://leipzig.de), das auf die Internetseite der Bewerbung hinweist, geschaltet werden. ■

---

## Zusätzlich 100.000 Euro für Wirt- schaftsförderung

Im Haushalt der Stadt Leipzig steht im Jahr 2011 ein Betrag von 100.000 Euro zusätzlich für die Wirtschaftsförderung zur Verfügung. Einen entsprechenden Vorschlag machte die Verwaltung auf Basis eines Antrages der FDP-Fraktion. Im Zuge der Haushaltsberatungen im Stadtrat wurde dies in den Haushalt eingearbeitet und am 03. März mit dem Haushalt beschlossen. Die Liberalen bezeichneten dies als "richtiges Signal für den Wirtschaftsstandort Leipzig". Für eine nachhaltige Entwicklung der Wirtschaft müsste in Unternehmensansiedlungen und den Ersten Arbeitsmarkt investiert werden. Dies sei jedoch in den letzten Jahren sträflich vernachlässigt worden. "Stattdessen wurde der Zweite Arbeitsmarkt immer weiter, auch mit städtischem Geld, aufgebläht. Dies führt jedoch nicht zu einer steigenden Zahl regulärer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse. Die sind es aber, die die Menschen suchen: Jobs mit echter Perspektive bei Unternehmen in Leipzig und in der Region", so die Liberalen. ■

## Massive FDP-Kritik zum Umweltzonenstart

Alle Einwände halfen nicht: Seit 1. März gilt in Leipzig die Umweltzone. Damit sind weite Teile des Stadtgebiets nur noch mit einer grünen Plakette befahrbar. Isabel Siebert, stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat, betonte bereits in der Vergangenheit die völlige Nutzlosigkeit der Maßnahme. Sie forderte unter Berücksichtigung der derzeitigen Diskussion in Brüssel zur Abschaffung der Tagesgrenzwerte bei Feinstaubbelastung die Aussetzung der Regelung in Leipzig. „Leipzig hat jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder die Stadtverwaltung läuft mit hohen Kosten für Autofahrer und Verwaltung der Umweltzone hinterher. Oder sie beweist ausnahmsweise mal Mut und wartet nicht ab, bis Brüssel den Worten auch Taten folgen lässt“, so die Stadträtin, die ihre Fraktion im Fachausschuss Umwelt und Ordnung vertritt. Mit der Maßnahme würden vor allem kleine Unternehmen und sozial schwächer Gestellte belastet: „Ein kleiner Handwerker kann sich nicht ohne weiteres ein neues Fahrzeug leisten, ohne bei anderen Punkten Abstriche zu machen“, so Siebert weiter.

Dies gefährde auch Arbeitsplätze in und um Leipzig. „Bürgermeister Heiko Rosenthal (Linke) und SPD-Oberbürgermeister Burkhard Jung haben hier ganze Arbeit geleistet. Nicht nur, dass die Bürger und Unternehmer teilweise bis zur faktischen Enteignung belastet werden. Auch die soziale Schieflage wird sich durch die Maßnahme weiter verschärfen. Das beweisen unter anderem Anrufe in unserer Fraktionsgeschäftsstelle: Unter anderem hat ein Bürger aus Grünau nicht das Geld für die Nachrüstung. Mit seiner gelben Plakette darf er aber nicht mehr bis zu seiner Wohnung fahren, ist jedoch auf sein Auto angewiesen. Auch haben wir von Handwerkern gehört, die den notwendigen Fahrzeugtausch durch Entlassungen finanzieren“, so die Liberale und warnt vor Überlegungen zu einer City-Maut: „Da die Umweltzone wie in vielen anderen Städten keinen Effekt auf die Feinstaubbelastung haben wird, würde es mich nicht wundern, wenn auch eine City-Maut auf den Tisch kommt.“ Entsprechende Andeutungen haben Jung und Rosenthal bereits gemacht. ■

---

## **Bürgerfreundlichkeit muss von der gesamten Verwaltung gelebt werden.**

Seit einigen Tagen bietet die Stadt Leipzig ihren Bürgern unter der Hotline (0341) 123-0 eine Bürgerhotline an. Bei der FDP-Fraktion fand der Start positives Echo: "Das ist ein Schritt hin zu mehr Bürgerfreundlichkeit", freut sich der stellvertretende Fraktionsvorsitzende René Hobusch, der die Liberalen im Fachausschuss Allgemeine Verwaltung vertritt. "Allerdings darf sich die Verwaltung darauf nicht ausruhen. Bürgerfreundlichkeit muss im gesamten Verwaltungshandeln gelebt werden. Die Bürger sind nicht Feind der Verwaltung, sondern können zu Recht eine positive Begleitung ihrer Anliegen erwarten." Hobusch verweist in diesem Zusammenhang auf die Einführung des Einheitlichen Ansprechpartners - kurz EA - im Freistaat Sachsen. Der EA koordiniert Anliegen und führt durch Verwaltungsabläufe. Die FDP-Fraktion hat aktuell zwei Anträge im Beratungsverfahren, die sich mit Verwaltungsdetails be-

schäftigen. So soll die Möglichkeit der Online-Terminreservierung im Bürgeramt Stadthaus eingeführt werden. "Das Stadthaus ist das am stärksten frequentierte Bürgeramt der Stadt. Gerade hier kommt es immer wieder zu langen Wartezeiten. Da ist es nur logisch, den Bürgern die Möglichkeit der Terminreservierung anzubieten, um Besucherströme zu lenken. Bei der Kfz-Zulassungsstelle funktioniert es ja auch", so Hobusch weiter, "darüber hinaus wollen wir Vereinfachungen bei Namenswechseln im Zuge von Eheschließungen erreichen. Warum können die notwendigen Anträge nicht direkt über das Standesamt im Zusammenhang mit der Vorbereitung der Heirat weitergeleitet werden?"

Aktuell lehnt die Stadtverwaltung solche Vorschläge mit Verweis auf Paragraph 53 der Sächsischen Gemeindeordnung ab. Danach hat der Oberbürgermeister die Hoheit über verwaltungsinterne Angelegenheiten. "Natür-

lich kann man die Gemeindeordnung so eng auslegen. Man kann sich aber auch Ideen aus der Mitte der Leipziger offen zeigen und sagen: Gute Idee, hilft den Bürgern, setzen wir gern um", so der FDP-Stadtrat, "unsere Ideen kommen ja nicht von ungefähr, sondern sind das Ergebnis von Gesprächen mit Leipzigern. Die ärgern sich über den Ist-Zustand und haben konkrete Ideen zur Verbesserung." Das solle der Oberbürgermeister nicht einfach mit Verweis auf die Gemeindeordnung ablehnen. "Wenn Bürgerfreundlichkeit nicht auch vom obersten Verwaltungschef gelebt wird, können die Verwaltungsmitarbeiter noch so kompetent, hilfsbereit und freundlich sein. Burkhard Jung täte gut daran, sich von Verweisen auf die Gemeindeordnung zu verabschieden und sich offen für konstruktive Vorschläge zu zeigen - auch im Bereich der Kernverwaltung", so René Hobusch abschließend. ■

### **Termine der kommenden Ratsversammlungen**

23. März, 20. April, 18. Mai, 22. Juni (Beschluss der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe Kultur mit abweichendem Wirtschaftsjahr), 24. August, 14. September (Einbringung Haushaltsplanentwurf 2012), 12. Oktober, 17. November (1. Lesung des Haushaltsplanentwurfes 2012 inkl. Statements der Fraktionen), 14. Dezember, 15. Dezember (Beschluss Haushalt 2012)

# Ihre FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat



## Fraktionsvorsitzender

**Reik Hesselbarth** | \* 1974 · Geschäftsführer · Wahlkreis 4 (Süd)

Ältestenrat / Betriebsausschuss Kulturstätten / Fachausschuss Finanzen / Fachausschuss Kultur / Verwaltungsausschuss /// Rechnungsprüfungsausschuss (Stv.) / Fachausschuss Sport (Stv.) / Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau (Stv.) / Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit (Stv.) /// Aufsichtsrat Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (BBVL) / Aufsichtsrat Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH (KWL) / Beirat Bürgerstiftung Leipzig / Kuratorium Leipziger Stiftung für Innovation und Technologietransfer



## Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

**René Hobusch** | \* 1976 · Rechtsanwalt · Wahlkreis 5 (Südwest)

Bewertungsausschuss / Fachausschuss Allgemeine Verwaltung / Fachausschuss Stadtentwicklung und Bau / Rechnungsprüfungsausschuss / Umlegungsausschuss /// Ältestenrat (Stv.) / Betriebsausschuss Kulturstätten (Stv.) / Fachausschuss Kultur (Stv.) / Fachausschuss Umwelt und Ordnung (Stv.) / Grundstücksverkehrsausschuss (Stv.) / Verwaltungsausschuss (Stv.) /// Aufsichtsrat Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH & Co. Grundstücks-KG (LEVG & Co. KG) / Aufsichtsrat Leipziger Entwicklungs- und Vermarktungsgesellschaft mbH (LEVG) / Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) / Fachforum für integrierte Stadtteilentwicklung



## Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

**Isabel Siebert** | \* 1977 · Pressesprecherin · Wahlkreis 8 (Nordwest)

Fachausschuss Umwelt und Ordnung / Fachausschuss Wirtschaft und Arbeit / Grundstücksverkehrsausschuss /// Betriebsausschuss Jugend, Soziales und Gesundheit (Stv.) / Fachausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule (Stv.) / Petitionsausschuss (Stv.) / Umlegungsausschuss (Stv.) /// Aufsichtsrat Personelle Unterstützung von Unternehmen Leipzig GmbH (PUUL) / Beirat für die Gleichstellung von Mann und Frau / Verbandsversammlung Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen



## Stadtrat

**Dr. Arnd Besser** | \* 1960 · Arzt · Wahlkreis 0 (Mitte)

Betriebsausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit / Fachausschuss Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule / Fachausschuss Sport / Petitionsausschuss /// Fachausschuss Allgemeine Verwaltung (Stv.) / Fachausschuss Finanzen (Stv.) /// Aufsichtsrat Leipziger Verkehrsbetriebe GmbH (LVB) / Verbandsversammlung Zweckverband Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

**Fraktionsgeschäftsstelle:** Oliver Dorausch, Fraktionsgeschäftsführer | Stephanie Krahl, Referentin der Fraktion | Christoph Reimann, Studentischer Mitarbeiter

**Kontaktdaten:** FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat | Neues Rathaus, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig  
Telefon (0341) 123-2187 und -2188, Fax (0341) 123-2186, E-Mail [info@fdp-fraktion-leipzig.de](mailto:info@fdp-fraktion-leipzig.de)

Die Fraktionsgeschäftsstelle finden Sie im Neuen Rathaus auf der Fraktionsebene (1. OG) in Zimmer 101. Sie erreichen uns wochentags i.d.R. zwischen 9 und 17 Uhr, freitags aufgrund der Rathausschließung nur bis 15 Uhr sowie außerhalb dieser Zeiten gern nach Vereinbarung.

In sozialen Onlinenetzwerken: [www.twitter.fdp-fraktion-leipzig.de](http://www.twitter.fdp-fraktion-leipzig.de) & [www.facebook.fdp-fraktion-leipzig.de](http://www.facebook.fdp-fraktion-leipzig.de)

**Impressum:** Leipziger Liberale Rathauszeitung - Information der FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat | Herausgeber: FDP-Fraktion im Leipziger Stadtrat (Kontaktdaten sh. oben) | V.i.S.d.P.: Reik Hesselbarth | Druck: Eigendruck